

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Anzeigenpreis beträgt bei freier Platzierung im Innern für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, bei den übrigen Städten entsprechend. ...

Die achtspaltige Nonpareilspalte oder deren Raum kostet 2,- M., einschließlich Zustellung. ...

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unterzeichnung des Kohlenabkommens

Ablehnung der Einmarsch-Klausel Spaa, 16. Juli. (Amstich.)

In der heutigen Vollziehung der Konferenz hat die deutsche Delegation die Forderungen der Entente in der Kohlenfrage angenommen und unterzeichnet, nachdem in der oberschlesischen Kohlenverteilungsfrage eine Verständigung der deutschen Forderungen in Aussicht gestellt worden war, und unter Ablehnung des § 7 des Vertrages, der die Einmarschklausel enthält.

Die Beratung der Wiedergutmachungsfrage wurde auf eine neue Konferenz, die in einigen Wochen in Genf stattfinden soll, vertagt.

Eine Vollziehung der Konferenz Spaa, 16. Juli.

Heute nachmittag um 4 Uhr findet im Schloß La Freinse eine Vollziehung der Konferenz statt, an welcher auch die deutschen Delegierten teilnehmen.

Übermittlung der deutschen Antwort Spaa, 16. Juli.

Die Antwort der deutschen Regierung ist dem Obersten Rat in dem Schloß La Freinse übermittelt worden.

Ein persönlicher Brief Simons Spaa, 16. Juli.

In dem persönlichen Briefe, mit dem Reichsminister Dr. Simons seinen teils die deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage an den britischen Premierminister Lloyd George überlieferte, wurde, wie nachträglich verlautet, die Hoffnung ausgesprochen, daß die alliierten Regierungen Deutschland in folgenden 3 Punkten entgegenkommen werden, nämlich durch: 1. Einräumung des Rechts, im Falle unzureichender Kohlenlieferung die fehlenden Quantitäten durch ankauende Auslandskohle, oder zu einem kleinen Teil durch inländische Braunkohle zu ersetzen, 2. Abschluß eines liberalen Schiffsahrtsabkommens, 3. Befreiung der sich jeden Monat wiederholenden Gefahr der Besetzung deutschen Gebiets, sofern die jeweiligen Kohlenlieferungen hinter den versprochenen Mengen etwas zurückbleiben sollten.

Die Anschauungen der Entente

Die Frage der Entwaflnung hat in Spaa Schwierigkeiten bereitet, die durch die unkluge Haltung der Herren Fehrenbach und Gehler im Anfang noch verstärkt wurden. Aber sie konnten behoben werden, und jetzt erscheinen sie als ein Kinderspiel gegenüber den wirtschaftlichen Gegensätzen, vor allem in der Kohlenfrage. Immerhin ist es gut, an Hand der Ententezeitungen festzustellen, welche Gedankengänge bei den Alliierten maßgebend für ihre Haltung sind, und wir geben deshalb im folgenden einen Auszug aus einem Artikel der „Times“, in denen das Blatt zu den militärischen Dingen Stellung nimmt, darüber hinaus aber auch auf einen Aufsatz in der gleichen Nummer des Blattes aufmerksam macht, der sich mehr mit den Wirtschaftsfragen beschäftigt. Die „Times“ sagt:

Nicht einmal seit dem Waffenstillstand im November 1918 hat Deutschland der Welt jenseits seiner Grenzen Grund gegeben, das durch den Krieg verursachte Mißtrauen in seinen guten Willen zu mildern, und die Ereignisse der Konferenz in Spaa stimmen mit allem Vorangegangenen überein. Die Wahrheit ist, wie wir schon lange vorher sagten, daß Deutschland in direkter Ueberreizung seiner gefährlichen Versuchungen, immer noch schrecklich zum Angriff gerüstet ist. ...

Die „Times“ weist dann auf einen Bericht des amerikanischen Korrespondenten H. Kaufmann hin, der Deutschland von früher her kennt, und es jetzt wieder bereit hat. Kaufmann ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland sowohl den Forderungen auf Verminderung des Heeres

nachkommen könne, wie auch, daß es recht gut alle ihm auferlegten finanziellen Lasten tragen und sich dabei doch erholen könne. Er hat nichts von der Unruhe bemerkt, die angeblich nur durch Waffenmacht niedergehalten werden könne; und damit hat er recht. Was aber seine Mitteilungen über das wirtschaftliche Leben, über den Luxus, das Aussehen der Menschen angeht, so verfällt er in den Fehler, den manche Ausländer begehen, die Deutschland studieren und sich dabei von den Eindrücken leiten lassen, die sie in den feinen Hotels, in den besten Straßen, in Parks und dergleichen empfangen. Gewiß ist vieles richtig, was er sagt. Wenn ein Volk einer Oberschicht noch einen solchen Luxus gestatten kann, wie man ihn in den Theatern, Konzerten, in der Gesellschaft begegnet, so ist es noch nicht am Rande seiner Kraft, aber die Folgen der Fehler, die die Koalitionsregierung begangen hat, als sie nicht die Mittel mit Beschlag belegte, die die Befreiung eines solchen Luxus erlaubte, werden sich ja auch erst in Bälde bemerkbar machen. Ohne die Einführung der sozialistischen Wirtschaft in Deutschland können die übertriebenen Forderungen der Entente nicht erfüllt und gleichzeitig das Wirtschaftsleben in Gang gehalten werden. ...

Neue Vorbereitungen in Budapest

Ein Exekutivkomitee für den Terror

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Militärpartei in Budapest bereitet sich auf einen Kampf auf Leben und Tod vor. Ihrem Korrespondenten ist es gelungen über diese Vorbereitungen den folgenden authentischen Bericht zu erlangen:

Am 27. Juni 1920 hielten die Offiziersdelegierten des Landes in dem Gebäude des Ministerium für Landesverteidigung eine Versammlung ab. Die Väter der Versammlung waren: Pronay, Hejjas, Öttenburg, Gömbös, Ragn, Benggel, Bannai, Szilagnis und der Generalstabschef Graf Csah. In Vertretung aller Offiziersorganisationen waren 362 Offiziere erschienen. Hejjas führte aus, daß die bisherige Regierung nichts für die Verwirklichung der christlichen Ideale geleistet, sondern im Gegenteil Verhandlungen mit den Juden und Sozialdemokraten eingeleitet habe. ...

Diese, mit großem Beifall ausgenommene Rede wurde durch Pronay, Grafen Csah, Öttenburg durch Solidaritätskundgebungen unterzückt. Julius Gömbös, Abgeordneter und Präsident des Landesverbandes der Offiziere, hielt eine gemäßigtere Rede; er meinte, das Offizierskorps solle bis zum Herbst von Anwendung energischerer Mittel absehen. ...

Graf Csah stellt den Antrag, sofort ein Aktionsprogramm zu entwerfen, für den Fall daß die Stunde der endgültigen Abrechnung läme. Öttenburg schlägt folgendes vor: 1. Die Besetzung der Eisenbahnen und der Telephonzentrale. 2. Die Entwaflnung der Polizei. 3. Die Besetzung der Juden, der jüdischen Kapitalisten, die Beschlagnahme des Vermögens von Paul Sandoz, Baron Wilmann, der Familie Hatvan-Deutsch, für nationale Zwecke. 4. Die Besetzung der Redaktion der „Rejhana“, des Blattes „Eilag“, die Beschlagnahme ihres Vermögens und wenn möglich, die Demolierung der betreffenden Gebäude. 5. Die Besetzung des Sekretariats der sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Parteileitung, die Verhaftung aller Parteiführer, die Besetzung der Vertrauensleute, die sofortige Einrichtung der Widerstrebenden, die Besetzung der Gewerkschaftslokale und Gelder. ...

Kartoffelnot und Kartoffelpreise

Die jetzigen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung der städtischen Bevölkerung sind das Vorzeichen größerer Schwierigkeiten, die in den Wintermonaten einsehen werden. In seinem Bestreben, den Wünschen der Agrarier gerecht zu werden, und auch den Forderungen des Handels nach Aufhebung der Zwangswirtschaft zu entsprechen, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Regelung der Kartoffelversorgung eintreten lassen, die einer Aufhebung der Zwangswirtschaft gleichkommt. ...

Daß diese Regelung ernste Gefahren für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit sich bringt, haben wir bereits nach der Beschlußfassung über diesen Plan zum Ausdruck gebracht. Es ist zwar noch zu früh, um endgültig die schlechten Erfahrungen mit der Aufhebung der Kartoffelwirtschaft feststellen zu können. Aber soviel ist doch heute bereits sicher, daß die Annahme des Reichsministeriums für Ernährung die Erhöhung der Preise werde eine glatte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zur Folge haben, durchaus irrig ist. Die jetzige knappe Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist letzten Endes auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Unterschied zwischen dem Preis für die Frühkartoffeln und den Herbstkartoffeln den Landwirten nicht groß genug ist um sie zur frühzeitigen Ernte und zur Ablieferung zu bewegen. ...

Die Eingabe des Deutschen Städtetages wendet sich deshalb mit Recht gegen diese Regelung der Kartoffelversorgung und lehnt die damit auf die Gemeinden abgewälzte Verantwortung ab. Wir billigen diesen Standpunkt des Städtetages durchaus. Denn es ist eine unmögliche Aufgabe, die Städte mit der ganzen Verantwortung für die Versorgung ihrer Bevölkerung belasten zu wollen, wenn der Staat durch seine Maßnahmen den Weg dazu versperrt oder außerordentlich erschwert.

Das aber ist geschehen durch die Festsetzung des Kartoffelpreises auf eine ganz unerträgliche Höhe, auf einen Betrag, der die Erzeugungskosten der Landwirtschaft selbst bei mittelmäßiger Ernte wesentlich übersteigt. Nicht nur die bayerische Landwirtschaft hat sich deshalb gegen diesen Kartoffelpreis gewendet, sondern zahlreiche andere Stimmen aus landwirtschaftlichen Kreisen sind laut geworden, die den Kartoffelpreis als übermäßig hoch bezeichnet und seine Herabsetzung verlangt haben. ...

Ein solcher Zustand ist natürlich unerträglich, nicht nur wegen der Lasten, die er den Konsumenten auferlegt, sondern auch wegen der Gefahren, in die dadurch die Städte geraten. Sie sind den Händen und den Erzeugern vollkommen ausgeliefert, und ihre Finanzen können unter Umständen außerordentlich stark in Anspruch genommen werden, wenn sie den Bedarf ihrer Bevölkerung durch Lieferungsverträge sichern wollen. ...

Das erklärt die Tatsache, daß bisher von der Möglichkeit der Sicherung der Versorgung durch den Abschluß von Lieferungsverträgen von den Städten nur geringer Gebrauch gemacht worden ist. Wenn jetzt deshalb der Städtetag beantragt, daß die endgültige Entscheidung über die Freigabe der Kartoffeln, über die nicht durch Lieferungsverträge verfügt ist, erst erfolgt, wenn der Stand der Ernte eine genügende Versorgung und Winterdeckung der Bevölkerung als zweifellos erscheinen läßt, so ist diese Forderung ebenso berechtigt wie die weitere, daß die schärfere Regelung sofort

